

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt**

Es informiert Sie	Michael Lutz
Telefon (0202)	563 5920
Fax (0202)	563 8484
E-Mail	michael.lutz@stadt.wuppertal.de
Datum	21.12.04

Niederschrift

**über die konstituierende öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt
(SI/3445/04) am 23.11.2004**

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Bettina Brücher ,

von der CDU-Fraktion

Herr Dahlmann, Herr Johannes Huhn , Herr Dirk Jaschinsky , Herr Olaf Kruschinski , Herr Volker Rösener ,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert , Herr Frank Lindgren , Herr Andreas Mucke , Herr Oliver Siegfried Wagner ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Jörg Liesendahl ,

von der FDP

Herr Manfred Todtenhausen ,

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Reimar Kroll ,

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer , Frau Cordula Brendel , Herr Peter Ehm, Herr Dr. Ewald Hoffmann, Herr Volker Knippschild, Herr Eckhard Kohlhas, Frau Henrike Mölleken, Herr Dirk Mücher, Herr Erwin Rothgang , Frau Karin Ricono, Herr Andreas Schmiedecke , Herr Ansgar Toennes, Frau Vera Thöne, Frau Susanne Varnhorst

Gäste

Herr Dr. Boomers (Biologische Station Mittlere Wupper), Herr Lindner, Herr Schwarz (WSW)

Schriftführer

Herr Michael Lutz ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Vorsitzende, Frau Stv. Brücher, die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt vor. Sie verleiht ihrer Hoffnung auf eine konstruktive Arbeit des Ausschusses in den nächsten fünf Jahren Ausdruck.

In seinen einführenden Worten macht Herr Beig. Bayer deutlich, dass der Ausschuss für Umwelt eine sehr wichtige Funktion auch für den Rat der Stadt und die Stadt Wuppertal hat. Der Ausschuss habe schwerpunktmäßig die Aufgabe, sich mit dem Thema „lebenswerte, nachhaltige Stadt“ zu kümmern. Dazu gehörten sämtliche Themenfelder der Umweltbedingungen, „lebenswertes Wohnumfeld“, „Schutz der Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna“, darüber hinaus die Pflege und Entwicklung von Grünanlagen und Freiraumstrukturen bzw. der Landschaft.

Weitere wesentliche Aufgabe des Ausschusses sei das Controlling der vom Rat an die Verwaltung gegebenen Aufträge – wichtiges Instrument sei hierbei das Managementprogramm zur strategischen Steuerung.

Herr Beig. Bayer wünscht sich eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und der Verwaltung.

Als Leiter des Ressorts Umweltschutz stellt sich Herr Rothgang vor. Er freue sich darauf, mitzuhelfen, die Geschäfte des Ausschusses für Umwelt zu steuern.

Die Vorsitzende begrüßt herzlich alle anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung – ebenso die heute anwesenden Gäste sowie die Besucherinnen und Besucher.

Ihrer Freude, Vorsitzende des Gremiums zu sein, verleiht sie Ausdruck.

Zusätzlich zur Tagesordnung schlägt die Vorsitzende vor, Herrn Dr. Boomers von der Biologischen Station Mittlere Wupper die Gelegenheit zu geben, über die Arbeit der Station im vergangenen Jahr Bericht zu erstatten.

Des weiteren schlägt sie vor den ausgelegten Antrag der CDU-Fraktion zur „Umstellung auf erdgasbetriebene Fahrzeuge“ zur Tagesordnung zu nehmen.

Zudem lägen Überweisungen des Rates von Anträgen der SPD- und der PDS-Fraktion zum Thema „Gentechnik“ vor. Die Vorsitzende schlägt vor, diese Anträge von Seiten des Ausschusses für Umwelt als „erledigt“ zu erklären.

Mit diesem Vorschlag erklärt sich der Ausschuss einstimmig einverstanden. Herr Rothgang kündigt an, unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte und Mitteilungen“ über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Zu Tagesordnungspunkt 9 „Aufstellung eines Lärminderungsplanes“ läge – so die Vorsitzende – zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Antwort auf die von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

gestellten Anfrage vor – sie rege an, den Tagesordnungspunkt zur nächsten Ausschuss-Sitzung am 01.02.05 zu vertagen.

Herr Stv. Mucke kritisiert die Fülle der nachgereichten Beratungsunterlagen. Nur bei unabweisbarer Notwendigkeit solle – so seine Auffassung – von der Regel, solche nachgereichten Drucksachen zur nächsten Sitzung zu vertagen, abgewichen werden. Aktuell beziehe sich dies auf die ausgelegte sehr umfangreiche Vorlage zur Flächennutzungsplanung – somit schlage er eine Vertagung zur nächsten Sitzung vor.

Mit Bezug auf die Vorlagen bezüglich der Landschaftspläne bittet Herr Stv. Mucke um eine Beteiligung der Bezirksvertretungen. Auch die Landwirte seien nach Ansicht seiner Fraktion nicht ausreichend beteiligt worden. Ein entsprechendes Gespräch stehe erst in den nächsten Tagen an, auch der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde tage erst in der übernächsten Woche – somit schlage er für seine Fraktion vor, über die Landschaftsplan-Thematik in der heutigen Sitzung nicht abschließend zu befinden, sondern zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 01.02.05 zu verschieben.

Darüber hinaus bittet er die Verwaltung um die Erstellung von Synopsen.

Herr Stv. Mucke bedauert, dass die Drucksache zur Windkraftanlage erst heute vorgelegt werden konnte. Seine Fraktion würde dazu gerne heute einige Fragen stellen und eine Entscheidung in der nächsten Sitzung herbeiführen.

Dagegen zeigt er sich erfreut über den eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion zu erdgasbetriebenen Fahrzeugen. Dieses Anliegen habe seine Fraktion bereits vor Jahresfrist formuliert – die Verwaltung habe dazu dankenswerterweise Stellung genommen. Seine Fraktion unterstütze den Antrag – bitte allerdings auch hier um Verschiebung auf die nächste Sitzung.

Herr Rothgang geht auf die formulierten Vertagungswünsche ein. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 5 (Landschaftspläne „Wuppertal-Ost“ und „Gelpe“) anders zu beurteilen seien als die Punkte 6 und 7 (Landschaftspläne „Wuppertal-Nord“ und „Wuppertal-West“). Für die Verwaltung entschuldige er sich dafür, dass einige Drucksachen zu knapp vorgelegt wurden. Verantwortlich hierfür sei in erster Linie der erstellte Sitzungskalender, der heute – am 23.11. – mit dem Ausschuss für Umwelt „begänne“. Vorzubereiten gelte es die Sitzung des Rates der Stadt am 20.12.04. Herr Rothgang weist darauf hin, dass die nächste ordentliche Sitzung dieses Ausschusses für den 1. Februar terminiert sei. Er bitte darum, eine erneute Beteiligung der Bezirksvertretungen nicht einzufordern – es handele sich heute um Beitrittsbeschlüsse zu – vom Rat der Stadt im vorigen Jahr gefassten Beschlüssen. Es gehe „lediglich“ um relativ geringfügige Anpassungen von im März gefassten und beschlossenen Festlegungen. Aufgrund der bestehenden zeitlichen Zwänge bitte er um heutige Beschlussfassung – räumt jedoch auch die Möglichkeit einer Beschlussfassung durch den Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt – jedoch vor dem 20.12.04 – ein.

Diesem Wunsch schließt sich Herr Beig. Bayer an. Er halte es für problematisch, wenn zur Ratssitzung am 20.12. kein Vorberatungsergebnis des zuständigen Ausschusses vorläge.

Auch Herr Stv. Rösener spricht sich namens seiner Fraktion für eine Vertagung der Punkte 3 – 7 aus. Die entsprechenden Vorlagen sollen heute als „eingebracht“ bezeichnet werden – Fragen sollen gestellt werden dürfen, die seitens der Verwaltung heute oder rechtzeitig zur Sitzung mit den Landwirten am kommenden Donnerstag beantwortet werden sollten. Auch die erneute Beteiligung der Bezirksvertretungen sei wünschenswert. Sehr wohl wolle seine Fraktion nicht den Termin „20. Dezember“ in Frage stellen. Er rege somit die Einberufung einer Ausschuss-Sondersitzung an. Die Erstellung einer Synopse – so wie von Herrn Stv. Mucke angeregt – halte er ebenfalls für wünschenswert.

Auch der Vertagung des Punktes 8 „Windkraftanlage“ – bei heutiger „Einbringung“ und der Möglichkeit, Fragen zu stellen - könne seine Fraktion befürworten. Sollte heute eine Entscheidung anstehen, werde die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage folgen.

Des weiteren geht Herr Stv. Rösener auf den Antrag zu erdgasbetriebenen Fahrzeugen ein. Es handele sich hierbei um einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Herr Liesendahl würde einer Vertagung der Punkte 3 – 7 zustimmen. Er bittet darum, heute Fragen zuzulassen. Bei einer erneuten Befassung in einer Sonder- oder der nächsten ordentlichen Ausschuss-Sitzung bitte er jedoch um eine veränderte Reihenfolge – die Behandlung der Flächennutzungsplanung sollte dann nach der Beratung der Landschaftsplanverfahren erfolgen.

Nach Auffassung von Herrn Stv. Wagner weisen die Erläuterungen der Verwaltung zu den Landschaftsplan-Beitritts-Verfahren mehr Fragen auf, als sie beantworten. Weitere Rede-Beiträge zu dieser Problematik leisten im Folgenden Herr Lindgren , Herr Beig. Bayer und erneut Herr Stv. Wagner.

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung des Schriftführers

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt bestellt Herrn Michael Lutz zum Schriftführer des Gremiums.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 Verpflichtung von Mitgliedern

Die Vorsitzende verpflichtet die Herren Dahlmann, Goldner und Kruschinsky.

Nach Verlesung der Verpflichtungsformel

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Stadt Wuppertal erfüllen werden“

bestätigen die Genannten diese Verpflichtung mittels Handschlag.

3 Bericht über die Tätigkeit der Biologischen Station Mittlere Wupper - während der Sitzung zur TO genommen -

Herr Dr. Boomers stellt die Arbeit der Station Mittlere Wupper dar.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss nimmt den Bericht entgegen.

**4 Flächennutzungsplan - Beitrittsbeschluss
(wird nachgereicht)
Vorlage: VO/3558/04**

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt vertagt Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**5 Landschaftsplan Wuppertal-Ost Umsetzung der FFH-Richtlinie -
Beitrittsbeschluss
Vorlage: VO/3377/04**

Herr Stv. Rösener stellt die folgenden Fragen, die – so die Zusage der Verwaltung – schnellstmöglich schriftlich beantwortet werden sollen:

p.3 / „Gebote“ (1-7)

- Wie hoch sind die Kosten ?
- * Wer trägt die Kosten ?
- * Wem gehören die Flächen
- * Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um Trittschäden durch Besucherlenkung zu vermeiden ?

p.5

* (Hier werden von Seiten der Bezirksregierung konkrete Maßnahmen vorgegeben) sei ein/e MitarbeiterIn der Bezirksregierung zur Besichtigung vor Ort gewesen oder wie sei die Bezirksregierung informiert worden ?

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt wünscht eine Beteiligung der Bezirksvertretungen.
(Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen der FDP- und der WfW-Fraktion sowie 5 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt vertagt die Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 6 Gegenstimmen der CDU- und der FDP-Fraktion)

6 **Landschaftsplan Wuppertal-Gelpe Umsetzung der FFH-Richtlinie -
Beitrittsbeschluß**
Vorlage: VO/3379/04

Herr Stv. Rösener stellt die folgenden Frage, die – so die Zusicherung der Verwaltung – schnellstmöglich schriftlich beantwortet werden sollen:

p.3 - (Erhalt der Ronsdorfer Talsperre)

* Was bedeute das für die Stauhöhe ?

p.5 – Gebote – Ziffer 3

* Warum hier keine Erläuterungen ?

* Warum hier keine Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer erfolgt ?

p.5 – Gebote – Ziffer 7

* Begriff „Nutzungsaufgabe“ unglücklich – besser. „Brache“

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt wünscht eine Beteiligung der Bezirksvertretungen (Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen der FDP- und der WfW-Fraktion sowie 5 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt vertagt die Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 6 Gegenstimmen der CDU- und der FDP-Fraktion)

7 **Landschaftsplan Wuppertal-Nord Beitrittsbeschluß**
Vorlage: VO/3473/04

Herr Stv. Rösener stellt die folgenden Fragen, die – so die Zusicherung der Verwaltung – schnellstmöglich schriftlich beantwortet werden sollen.

* Wie steht es um das „Hofstellenkataster“ ? (gilt ebenso für den Landschaftsplan Wuppertal-West)

p.2 – Auflagen – 2.Absatz

* Bezirksregierung „bittet“ / warum wird hier gebeten, ansonsten „verfügt“ ?

* Was bedeutet der Satz „...welche Schutzkategorie gewählt wird, wird im Einzelfall entschieden.“ ?

* was bedeutet der Satz „Bei der Neufestsetzung der Flächen wird eine Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Nutzung zugesagt.“ ?

Die Frage, welche Einschränkungen dies zur Folge habe, bedürfe der Klärung.

p.2 – Auflagen – 3.Absatz

* Was bedeuten die Aussagen des ersten Satzes für den Kalkabbau ? (in Wülfrath seien solche Areale als Rekultivierungsflächen ausgewiesen)

p.3 – Ziffer 6

* Welche Auswirkungen hat der Satz „Die im Katalog der Festsetzungen für alle Naturschutzgebiete unter Buchstabe „C“ formulierten Ausnahmeregelungen für

das Verbot A1 (Bauverbot) sind ersatzlos zu streichen“ ?

* Was ist (in Zusammenhang mit der Auflistung „Lagerschuppen, Lagerplätze,...“) mit dem „Wohnhaus“ ?

p.3 – Ziffer 8

* Was bedeutet der Satz „Das nach der Offenlage gestrichene Verbot...“ ?

p.3 – Ziffer 10

* Was bedeutet dieser Satz ? Muss nicht aufgeforstet werden ? Ist „Urwald“ gewollt ? oder kein Wald ?

p.4 – Ziffer 15

* Ergänzung um den Passus „im Einvernehmen mit der Unteren Landschaftsbehörde“ – dieser Passus sei seinerzeit ausdrücklich herausgenommen worden.

p.5 – 1.Satz

* Wer ist „ich“ ? Die Bezirksregierung ? Oder ein/e SachbearbeiterIn ?

p5 – c) – Ziffer 5

* Wer trägt die Kosten für die Biotoppflege ?

p.5 – d)

* Bedeutet dies „Enteignung“ ?

Seines Erachtens bedeute die gesamte Unter-Naturschutz-Stellung landwirtschaftlicher und Waldflächen „Enteignung“. Dass es diese Landschaft in dieser Form gäbe, sei Verdienst der Landwirte und ihrer guten fachlichen Praxis – auch ohne bisherige „Regelung“.

p.5 – „Überprüfung“

* Im 1. Absatz heisst es „...sofern sie keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen.“ An anderer Stelle gäbe es die Aussage, dass „alles wasserrechtlicher Genehmigungen bedürfe“ (Seines Erachtens sei dies fern aller Sachkenntnis.)

p.7 – 2. (eingerückter) Absatz

* Der Satz „In den Naturschutzgebieten ist die ordnungsgemäße...“ muss sinnvoll geändert werden.

p.7 – Abschlussverfügungen – 2. (eingerückter) Absatz

* Es fehlt das Datum.

* Warum wurde nicht vorher mit der Landwirtschaftskammer gesprochen ?

Herr Liesendahl mutmaßt – auf dieses fehlende Datum eingehend – dass das angesprochene Abstimmungsgespräch noch nicht stattgefunden hat.

Eine weitere Frage von Herrn Liesendahl bezieht sich auf die Seite 6, wo die Bezirksregierung auf einer Liste für bestimmte Flächen die Herausnahme aus den Schutzfestlegungen, die erst nach der Offenlage erfolgen, eine nachprüfbar Überprüfbarkeit feststellen und lediglich lapidare Formulierungen beinhalten. Die ökologischen Gründe seien ihm nach dieser Darstellung nicht nachvollziehbar.

Auch sei ihm nicht ganz klar, in wie weit es sich hier um Nutzungen handele, die dort gar nicht legal erfolgen. So gäbe es beispielsweise im Falle des Landschaftsplanes Wuppertal-West den Hinweis auf eine Lagerfläche im Bereich „Berg“, wo in letzten Jahren die erstaunlichsten Maßnahmen durch den dortigen Bauunternehmer erfolgt seien, wobei sich ihm bereits lange die Frage der

Genehmigungsfähigkeit gestellt habe.

Weitere Rede-Beiträge leisten Herr Stv. Mucke mit der Bitte, die gestellten Fragen schriftlich frühzeitig zu beantworten, Herr Stv. Rösener mit der Ergänzung, die Antworten bereits zur Besprechung mit den Landwirten bereit zu halten und Herr Rothgang.

Letzterer macht deutlich, dass die Landschaftspläne der Genehmigung bedürfen. Diese Genehmigung muss von Seiten der Bezirksregierung innerhalb von drei Monaten nach dem Vorliegen aller Unterlagen erfolgen. Die Bezirksregierung habe diese vorgeschriebene Frist eingehalten, habe aber sehr viele Auflagen formuliert. Diese Auflagen, die nicht ausschließlich aus landschaftspflegerischer und landschaftsrechtlicher Sicht zu beurteilen seien, seien verwaltungsintern gesamthematisch diskutiert worden. Eine Abstimmung mit der Bezirksregierung sei erfolgt – jedoch habe die Bezirksregierung in einigen wesentlichen Punkten deutlich gemacht – insbesondere im Hinblick auf das „Bauen“ am und im Naturschutzgebiet – dass man sehr streng darauf achten werde, dass im Naturschutzgebiet prinzipiell das Bauen ausgeschlossen ist. Die Verwaltung habe deutlich gemacht, dass diese Maßgabe in die parlamentarischen Gremien getragen werde. Vor der Ratssitzung werde dann ein weiterer Abstimmungstermin bei der Bezirksregierung stattfinden.

Herr Rothgang verdeutlicht, dass aus seiner Sicht die wesentliche Maßgabe der Bezirksregierung ist, dass sie im Landschaftsplan Nord der von der Stadt Wuppertal dargestellten Kategorie „Landschaftsgebiete mit besonderer Festsetzung“ nicht folgt. Deswegen laute die Aussage an dieser und an anderen Stellen, dass erwartet werde, dass trotz Genehmigung des jetzigen Zustandes unmittelbar später ein Änderungsverfahren eröffnet werde. Dies würde u.a. auch das Kalkabbaugebiet einbeziehen.

Die weitere Einschränkung der planerischen Absichten Wuppertals betreffe Ge- und Verbote in Naturschutzgebieten, insbesondere das „Bauen“ sowie Ausnahmeregelungen für landwirtschaftliche Vorhaben.

Zusatzfragen von Herrn Liesendahl werden von Herrn Rothgang im Folgenden beantwortet.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt wünscht eine Beteiligung der Bezirksvertretungen (Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen der FDP- und der WfW-Fraktion sowie 5 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt vertagt die Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 6 Gegenstimmen der CDU- und der FDP-Fraktion)

8 Landschaftsplan Wuppertal-West Beitrittsbeschluss
Vorlage: VO/3501/04

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt wünscht eine Beteiligung der Bezirksvertretungen (Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen der FDP- und der WfW-Fraktion sowie 5 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt vertagt die Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 6 Gegenstimmen der CDU- und der FDP-Fraktion)

9 Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Grundstück Erbschlö -
Gründeponie
Vorlage: VO/3595/04

Herr Stv. Mucke zeigt sich befremdet darüber, dass sich die Stadtspitze – Oberbürgermeister und Kämmerer – bereits vor Befassung des Ausschusses zu dieser Frage geäußert haben.

In verschiedenen Gremien sei bereits vor Jahren über Vorrangflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen debattiert worden. Er zeigt sich verwundert insbesondere über die vorgelegte Stellungnahme der Bauverwaltung. Zudem fehle eine Stellungnahme aus klimapolitischer Sicht. Immerhin sei bereits im Jahr 1996 ein Konzept zur CO₂-Minderung vom Rat der Stadt einstimmig beschlossen worden. Dieses Konzept beinhalte die Förderung regenerativer Energien. Dazu gehöre auch die Nutzung der Windkraft.

Auch Herr Liesendahl ist irritiert über die Vorlage. Die Vorab-Diskussion der letzten Tage habe ihm den Eindruck vermittelt, dass einer fachlichen Genehmigungsfähigkeit der geplanten Windkraftanlage nichts im Wege stehe. Seinerzeit sei die in Rede stehende Fläche nur aufgrund der Einwendungen der Bundeswehr als damaligen Grundstückseigentümer aus der Liste der Vorrangflächen herausgenommen worden. Es gäbe aus seiner Sicht keinen planerischen Grund dafür, die Windkraft genau an dieser Stelle nicht nutzen zu wollen. Das Gegenteil käme in der Vorlage zum Ausdruck – ihm stelle sich die Frage, ob es sich hierbei um eine fachliche oder eher eine politische Aussage handele.

Desweiteren erinnert Herr Liesendahl an das Handlungsprogramm „Zukunftsfähiges Wuppertal“ aus dem Jahr 2000, in dem formuliert sei, dass an den geeigneten Standorten die Windkraftpotentiale bis zum Jahre 2010 zumindest zu 50 % erreicht werden sollen. Dieses Ziel könne wohl kaum erreicht werden, wenn die gegebene Situation – geeigneter Standort vorhanden, Investor vorhanden – nicht genutzt werde.

Herr Stv. Rösener weist auf den Interessenkonflikt „Klimaschutz vs. Landschaftsschutz“ hin. Die geplante Anlage würde zu einer CO₂-Einsparung von 500 – 1000 Tonnen pro Jahr führen. Das Landschaftsbild würde nach seiner Einschätzung mit Anlagen, die die vierfache Höhe des Toelleturms aufwiesen,

nachhaltig geschädigt.

Die weiteren Anmerkungen von Herrn Stv. Rösener nehmen Bezug auf die zu erwartende Wirtschaftlichkeit der geplanten Windkraftanlage und die in Rede stehende Fläche.

Die folgenden Ausführungen von Herrn Schwarz (Wuppertaler Stadtwerke AG) erläutern das geplante Projekt. Vom Windangebot sei der Bereich „Kastenberg“ in Wuppertal als herausragend zu bezeichnen. Der „Referenzertrag“ läge mit einem Wert von 65 % über den Maßgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetz für die Gewährung erhöhter Einspeisevergütungen.

Vergleichsweise sei der Standort „Kastenberg“ besser geeignet als der Standort „Korzert“.

Herr Schwarz führt aus, dass im Jahr 2003 2,7 Mio Kilowattstunden Stromeinspeisung aus regenerativen Energiequellen zu verzeichnen waren. Ein Drittel stammte aus Photovoltaik-Anlagen, zu etwas mehr als einem Drittel aus der Wasserkraft und zu einem knappen Drittel aus der Windkraftanlage Korzert. Eine Erhöhung um ca. 1,8 Mio Kilowattstunden könnte – so Herr Schwarz – durch die WKA Kastenberg erzielt werden.

Das CO₂-Minderungsgutachten des Jahres 1995 habe eine Emission von insgesamt 3 Mio Tonnen CO₂ in Wuppertal errechnet. Bei Errichtung der Windkraftanlage könnte eine Reduzierung um rd. 1000 Tonnen pro Jahr erreicht werden.

Herr Lindner, potentieller Investor einer Windkraftanlage im Bereich „Kastenberg“, erläutert das Projekt und seine Vorgeschichte. Er halte den Bereich Kastenberg für den bestgeeignetsten im Wuppertaler Stadtgebiet.

Weitere Redebeiträge leisten Herr Liesendahl mit dem Hinweis auf bestehende Ratsbeschlüsse, Herr Stv. Rösener, Herr Schwarz und Herr Rothgang, der noch einmal deutlich macht, dass es hier um eine Abwägung zwischen verschiedenen Zielen und Schutzgütern geht. Klimapolitik, Landschafts- und Planungsrecht sowie die Aufgabe für gute Bedingungen für gewerbliche Investitionen Sorge zu tragen, seien die zu berücksichtigenden Aspekte.

Herr Rothgang stellt dar, dass er die Windkraftanlage nicht als eine „schlimme“ Investition betrachte – er erinnert daran, dass im Flächennutzungsplan die in Rede stehende Fläche eine abfallwirtschaftliche Ausweisung habe. In der geführten Diskussion habe er daran erinnert, dass diese abfallwirtschaftliche Ausweisung – wenn sie denn realisiert würde - verbunden wäre mit einem erheblichen und dauerhaften Lieferverkehr zu einer solchen Anlage. Dies sei bei einer Windkraftanlage nicht der Fall. Aus landschaftsrechtlicher Sicht sei die Anlage genehmigungsfähig.

Frau Brendel stellt im Folgenden dar, dass im Jahre 1996 die Errichtung von vier Windkraftanlagen bis zum Jahre 2010 beschlossen worden sei. Bis zum heutigen Zeitpunkt sei erst lediglich eine einzige Anlage realisiert worden.

Weitere Ausführungen von Frau Brendel gehen auf die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen ein.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Stv. Mucke mit der Forderung, in Zukunft noch mehr regenerative Energie zu erzeugen und noch mehr CO₂-Emissionen zu mindern und dem Wunsch, klima- und energiepolitische Argumente in die Entscheidungsdrucksache mit einfließen zu lassen, Herr Stv. Rösener, Herr Beig. Bayer, Herr Rothgang und Herr Stv. Wagner.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt vertagt die Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Der Umweltausschuss wünscht die Darstellung der klima- und energiepolitischen Aspekte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

10 Aufstellung eines Lärminderungsplanes
Vorlage: VO/3504/04

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt stellt die Beratung zurück.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

11 Luftmessprogramm 2005/2006
Vorlage: VO/3548/04

Herr Stv. Mucke dankt der Verwaltung für die vorgelegte Drucksache. Bezüglich der zitierten Grenzwerte stellt er die Frage, was die Verwaltung bei Grenzwertüberschreitungen zu unternehmen gedenke. Darüber hinaus bittet er darum, die Drucksache dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Stv. Rösener schließt sich diesem Wunsch an. Er ist der Auffassung, dass in der Vorlage genannte Kosten für die Veröffentlichung durch Einstellen der Informationen ins Internet eingespart werden könnten.

Erläuterungen zur Drucksache gibt im Folgenden Frau Bücker.

Herr Liesendahl merkt an, die Vorlage beinhalte in erster Linie – wie schon seit vielen Jahren – die Feststellung des Defizites. Bereits in den 80er Jahren seien die Luftwerte schlecht gewesen – heute stelle sich die Situation kaum anders dar. Es fehlten seines Erachtens Maßgaben, wie die Stadt gegen das Phänomen „schlechte Luft“ vorgehen möchte. Es sei dringend notwendig, „aktiv“ zu werden.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt beschließt im Sinne des Beschlussvorschlages.

Der Ausschuss regt eine Beteiligung auch des Verkehrsausschusses an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**12 6. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung vom 17.12.1999
Vorlage: VO/3561/04**

Herr Stv. Rösener stimmt – verbunden mit einem großen Lob an die Geschäftsführung der Abfallwirtschaftsgesellschaft – namens seiner Fraktion der Drucksache zu.

Fragen von Herrn Liesendahl werden im Folgenden von Frau Thöne beantwortet.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt empfiehlt, im Sinne des Beschlussvorschlages zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**13 Einsetzung eines Beirats für Landwirtschaft und Ernährung
(wird nachgereicht)
Vorlage: VO/3592/04**

Herr Stv. Mucke schlägt als Vertreter der SPD-Fraktion im Beirat für Landwirtschaft und Ernährung

Herrn Stv. Emmert (Vertreter: Herr Stv. Mucke) vor.

Als Vertreter der CDU-Fraktion benennt Herr Stv. Rösener:
Herrn Stv. Rösener (Vertreter: Herr Stv. Huhn).

Als Vertreter der Landwirtschaft benennt Herr Dahlmann:

Herrn Schröer, Herrn Bröcker, Herrn Dahlmann, Herrn Reuter und Frau Schürmann

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird – so die Vorsitzende –
Frau Schäfer benannt.

Die WfW- und die F.D.P.-Fraktion werden ihre VertreterInnen zu einem späteren Zeitpunkt benennen.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt beschließt im Sinne des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

14 Umstellung auf erdgasbetriebene Fahrzeuge
Vorlage: VO/3620/04

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.11.2004:

Der Ausschuss für Umwelt betrachtet den Antrag der CDU-Fraktion als eingebracht und vertagt Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15 Baumschäden durch Schneebruch

Herr Schmiedecke berichtet über die am 10. November eingetretenen Ereignisse, als aufgrund starker Schneefälle eine Vielzahl von zu diesem Zeitpunkt noch teilweise belaubter Bäumen im Stadtgebiet schwer geschädigt wurden.

Herr Stv. Wagner lobt die schnelle und fachgerechte Serviceleistung der Verwaltung an diesem Tag.

Herr Stv. Rösener und Herr Stv. Mucke bitten um die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Waldschadensbericht“ für die nächste Sitzung des Ausschusses am 1. Februar.

16 Berichte und Mitteilungen

Herr Rothgang berichtet, dass zum Thema „genveränderte Lebensmittel“ die Verwaltung den diesbezüglichen Ratsbeschlüssen nachgekommen sei, indem Kindertagesstätten, Gesamtschulen und städtischen Kantinen – auch die entsprechenden Einrichtungen städtischer Tochterunternehmen – umfassend informiert worden seien.

Am 13.12.04 werde sich die „Politische Runde“ in der Volkshochschule mit dem Thema öffentlich auseinandersetzen.

Das Ressort Umweltschutz bemühe sich, bis zu diesem Zeitpunkt, einen Interneteintrag mit allen Inhalten des Ratsbeschlusses sowie sämtlichen relevanten Informationen zum gentechnikfreien Einkauf zu installieren.

17 Planung und Durchführung einer kontrovers besetzten Podiumsdiskussion zum Thema Grüne Gentechnik in Wuppertal
Vorlage: VO/3280/04

Der Ausschuss für Umwelt betrachtet die Drucksache als in der Sache erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**18 Wahlfreiheit bezüglich Gentechnik in kommunalen Einrichtungen
Vorlage: VO/3281/04**

Der Ausschuss für Umwelt betrachtet die Drucksache als in der Sache erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**19 Antrag zur Tagesordnung: Top 3.9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN VO/3257/04
Keine gentechnisch veränderten Produkte im Konzern Stadt
Vorlage: VO/3304/04**

Der Ausschuss für Umwelt betrachtet die Drucksache als in der Sache erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Stv. Bettina Brücher
Vorsitzende

Michael Lutz
Schriftführer